
Frankfurter Rundschau

UKRAINE-KRIEG

POLITIK

PANORAMA

Startseite › Politik

Nobelpreisträger warnt vor FDP-Chef Christian Lindner: „Vorsintflutliche Agenda“

28.10.2021, 11:03 Uhr

Kommentare

Drucken



„Um seiner selbst willen sollte Lindner die unmögliche Aufgabe erspart werden, seine vorsintflutliche haushaltspolitische Agenda auf die finanzielle Situation von heute übertragen zu müssen“, schreiben zwei prominente Wirtschaftswissenschaftler. © Britta Pedersen/dpa

FDP-Chef Christian Lindner stehe für „eine Anhäufung konservativer Klischees“, warnen zwei Wirtschaftswissenschaftler. Deshalb dürfe er auf keinen Fall Finanzminister werden.

Berlin – Zwei prominente Wirtschaftswissenschaftler haben nach der [Bundestagswahl 2021](#) davor gewarnt, dass [FDP-Chef Christian Lindner](#) in einer künftigen Bundesregierung Finanzminister wird. „Um seiner selbst willen sollte Lindner die unmögliche Aufgabe erspart werden, seine vorsintflutliche haushaltspolitische Agenda auf die finanzielle Situation von heute übertragen zu müssen“, schreiben der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze und der US-amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz von der Columbia University in New York in einem Gastbeitrag für die Wochenzeitung Die Zeit. „Diese Art Crashtest kann sich weder Deutschland noch Europa erlauben.“

- Anzeige -

Die finanzpolitische Agenda der FDP, für die Lindner auch laut [FDP-Wahlprogramm](#) steht, sei nicht nur „eine Anhäufung konservativer Klischees“, schreiben die Professoren. „Viel wichtiger ist, dass es sich um Klischees einer vergangenen Ära handelt, nämlich um die der Neunzigerjahre. Wir leben nicht länger in der Welt, die sie hervorgebracht hat.“

Neue Schulden nötig: FDP-Chef Lindner sollte

nicht Finanzminister werden

Hintergrund ist ein Streit über die Ausrichtung von Wirtschafts- und Finanzpolitik, der bereits während der Euro-Krise 2011 aufflammte. Viele internationale Expertinnen und Experten halten die von deutschen Regierungen in den vergangenen Jahren vertretene Haushaltsdisziplin, die auch von anderen Ländern gefordert wurde und dort – zum Beispiel in Griechenland – mit drastischen Sparmaßnahmen einherging, für falsch und überholt.

- Anzeige -

In Zeiten mit hohem öffentlichem Investitionsbedarf seien stattdessen neue Schulden vertretbar und sogar notwendig. Obwohl die FDP seit 2013 nicht mehr an der Regierung beteiligt war, gilt sie als besonderer Verfechter einer auf ausgeglichene Haushalte bedachten Finanzpolitik.

Lindner hatte im Wahlkampf [Interesse am Posten der Finanzministerin oder des Finanzministers](#) angemeldet. Tooze und Stiglitz empfehlen den Liberalen nun, in einer neuen Regierung mit [SPD](#) und [Grünen](#) lieber ein „Superministerium für Digitaltechnologie“ zu übernehmen. Das Finanzministerium sollten hingegen die Grünen besetzen. (dpa)

Kommentare

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Utiq verwalten](#)

[AGB](#)

[Newsletter](#)

[Mediadaten](#)

[Partner](#)

[Anzeigen](#)

[Netiquette](#)
